

SPD — autoritär-bürokratisch strukturiert sind. Ihren Mitgliedern und Wählern wird es in zunehmendem Maße unmöglich gemacht, Einfluß auf die Politik der Parteiführung zu nehmen.

Es ist ein Hohn auf die Demokratie und auf die Festlegung in Artikel 20 des Grundgesetzes, wonach alle Staatsgewalt vom Volk auszugehen hat, wenn eine hauchdünne Schicht sich in einem Managerkartell zusammenfindet, um über die Gesicke von Millionen zu bestimmen und diese gegen ihre elementaren demokratischen Interessen zu manipulieren.

Die demokratischen Kräfte Westdeutschlands, Arbeiter, Angestellte und ihre Gewerkschaften, Studenten und Professoren, haben angesichts der Mißachtung des Volkswillens zu erkennen gegeben, daß sie das Verfassungsprinzip, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll, als Verfassungsauftrag verstehen: nämlich die Macht des Monopolkapitals einzuschränken und den Volkskräften echte Einflußmöglichkeiten zu erkämpfen.

Gewerkschaften, Jugendorganisationen und Professoren fordern die Verhinderung einer Militärdiktatur durch die Aufhebung der Notstandsverfassung und aller bereits verabschiedeten wirtschaftlichen und politischen Ermächtigungsgesetze. Alle weiteren in Vorbereitung befindlichen Gesetze und Maßnahmen zum Ausbau eines autoritär-diktatorischen Obrigkeitsstaates sind abzulehnen und zu bekämpfen. Als eine Grundbedingung dafür, die Interessen des arbeitenden Volkes in allen Bereichen des Lebens mit Erfolg vertreten zu können, fordern die Gewerkschaften die Ausweitung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und Angestellten. Die Selbst- und Mitbestimmung, zu der der Mensch in allen seinen Lebensbereichen berufen und legitimiert ist, muß er sich vor allem in der Wirtschaft, in diesem für ihn so entscheidenden Bereich, erkämpfen. Das erfordert gleichberechtigte Mitbestimmung vom Arbeitsplatz bis zur staatlichen Wirtschaftsplanung. Den Arbeitern und Angestellten muß Einfluß darauf gesichert werden, welche Erzeugnisse sie herstellen, an wen und wie die Ergebnisse ihrer Arbeit verkauft werden und was mit den dafür erzielten Erlösen geschieht. Die KPD verlangt in ihrem Programmentwurf: „Die Mitbestimmung muß ... dem arbeitenden Volk dazu dienen, die Unsicherheit seiner Lage zu überwinden, den Machtmißbrauch der kapitalkräftigen Minderheit zu beseitigen, Wirtschaft und Gesellschaft gemäß den eigenen Interessen zu beeinflussen.“

Verwirklichung der Volkssouveränität erfordert, die aus dem Grundgesetz bewußt ausgeklammerten plebiszitären Entscheidungsmöglichkeiten wie Volksbegehren, Volksentscheid und Volksabstimmung zu erzwingen und zu gewährleisten. Durch sie muß das Volk direkt seinen Willen zu Grundfragen der Staatspolitik manifestieren. Ansatzpunkte dazu bieten die in Länderverfassungen enthaltenen Regelungen, die es endlich auch im Grundgesetz ausdrücklich zu verankern gilt.

Statt der Ermächtigungsgesetze in der Hand der Bonner Regierung fordern Demokraten und Antifaschisten Sitz und Stimme für diejenigen im Bundestag, die die demokratischen Interessen des Volkes vertreten, und Rechenschaftspflicht der Abgeordneten ihren Wählern gegenüber.

Gewerkschafter, Studenten und Jugendliche treten immer nachdrücklicher für die Aufhebung des für die Entwicklung in Westdeutschland so verhängnisvollen widerrechtlichen Verbots der KPD und die Schaffung von realen Möglichkeiten ihrer freien und uneingeschränkten Tätigkeit ein. Notwendig sind volle Betätigungsfreiheit und gesicherte demokratische Rechte für alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte des Volkes. ¹⁴¹⁸